

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Nationalbank senkt Diskontsatz um 1/2 Prozent

Zürich (AP) Die Schweizerische Nationalbank (SNB) senkt den Diskontsatz mit Wirkung vom heutigen Freitag um einen halben Prozentpunkt auf 3,5 Prozent. Dies beschloss das SNB-Direktorium am Donnerstag. Letztmals war der Diskontsatz am 17. Dezember letzten Jahres gesenkt worden, und zwar um einen viertel Punkt. Mit dem jetzigen Schritt wird die Vier-Prozent-Marke erstmals seit Ende 1988 wieder unterschritten.

Leitzinsen gesenkt

Frankfurt (AP) Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Donnerstag erneut die Leitzinsen gesenkt: Der Diskontsatz wurde von 5,25 Prozent auf fünf Prozent zurückgenommen, der Lombardsatz von 6,75 auf 6,50 Prozent.

Die Änderung tritt nach Angaben der Währungshüter am heutigen 15. April in Kraft. Es war die zweite Diskontsenkung in diesem Jahr. Zuletzt war der Diskont am 17. Februar und der Lombardsatz am 21. Oktober um jeweils einen halben Punkt ermässigt worden.

Steuerprivilegien für Tourismus gefordert

Bern (AP) Der Tourismus in der Schweiz soll durch einen Sondersatz bei der Mehrwertsteuer privilegiert werden. Dies fordern die beiden bürgerlichen Bundesratsparteien CVP und FDP in Grundsatzpapieren zur Fremdenverkehrspolitik, die am Donnerstag bekannt gemacht wurden.

Die beiden Parteien betonen die vitale Bedeutung des Tourismus für die Schweizerische Volkswirtschaft. Tourismus ist der dritt wichtigste Exportzweig der Schweiz. 300.000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Angesichts dieser Umstände müssten die Rahmenbedingungen für den Tourismus weiter verbessert werden, schreibt die CVP.

EU-Kommissionsmitglied kommt in die Schweiz

Bern/Brüssel (AP) EU-Kommissionsmitglied Hans van den Broek wird am Freitag kommender Woche in Bern zu einem Arbeitsbesuch erwartet. Im Hinblick auf seine Reise in die Schweiz bekräftigte er am Donnerstag in Brüssel die Hoffnung, der Aussenminister der EU könne Mitte Mai «grünes Licht» für die bilateralen Verhandlungen geben, wie ein Pressesprecher des Integrationsbüros sagte. Van den Broek wird laut dem Integrationsbüro des EDA und EVD von den Bundesräten Jean-Pascal Delamuraz, Flavio Cotti und Adolf Ogi empfangen.

Unsere Landesfürstin feierte gestern Geburtstag

Vertreter des Landtages, der Regierung, der Geistlichkeit und von Vaduz gratulierten unserer Fürstin



Ihre Durchlaucht Fürstin Marie feierte gestern ihren Geburtstag. Mitglieder des Landtages und der Regierung überbrachten der Landesfürstin die herzlichsten Glück- und Segenswünsche nach Schloss Vaduz. In den Reihen der Gratulanten befanden sich ausserdem Vertreter der Geistlichkeit sowie Bürgermeister Arthur Konrad aus Vaduz. Unser Bild vom Gratulationsempfang zeigt von links: Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, Landtagspräsident Paul Kindle, Regierungschef Dr. Mario Frick, Fürstin Marie und Fürst Hans-Adam II., Landtagsvizepräsident Otmar Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Bürgermeister Konrad. Am Nachmittag ihres Geburtstages liess es sich die Landesfürstin nicht nehmen, einen Hilfstransport des Liechtensteinischen Roten Kreuzes nach Bosnien persönlich zu verabschieden. Mehr dazu auf Seite 2. (Bild: Brigitt Risch)

GATT: Referendumsmöglichkeit

Marrakesch/Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz hat die Vertreter der über 120 GATT-Länder an der Konferenz von Marrakesch darauf aufmerksam gemacht, dass in der Schweiz allenfalls das Volk das letzte Wort haben wird. Der Bundesrat werde sich aber bemühen, den Ratifizierungsprozess und die notwendigen Gesetzesanpassungen zu beschleunigen. In seiner Ansprache vor der Ministerkonferenz erinnerte Delamuraz erneut an die dreifache Bedeutung, die die Schweiz den Verhandlungsergebnissen der Uruguay-Runde beimisst: Politisch demonstrierte das GATT den Willen zur weltweiten Kooperation, wirtschaftlich sei es ein positives Zeichen für alle am Handel Beteiligten, die juristischen Aspekte bewirkten mehr Glaubwürdigkeit und Effizienz im weltweiten Handel.

Für einige Teilnehmer würden die Abkommen massive Veränderungen der inländischen Wirtschaftsordnung mit sich bringen. In der Schweiz sei vor allem die Landwirtschaft betroffen. Der Bundesrat habe aber die ersten Schritte zur notwendigen Reform bereits eingeleitet.

(Die liechtensteinische Erklärung die gestern in Marrakesch Dr. Andrea Willi verlas, finden sie auf Seite 5).

Erhält die Freie Liste sofort oder später einen Stellvertreter?

Der Landtag hat sich in der nächsten Woche mit einem Initiativbegehren der Freien Liste zu beschäftigen – Änderung der Verfassung

(G. M.) – Nach der geltenden Verfassungsbestimmung verfügt die Freie Liste im Landtag über keinen Stellvertreter. Als die Zahl der Landtagsabgeordneten 1987 von 15 auf 25 Personen erhöht wurde, legte der Landtag fest, pro drei gewählte Abgeordnete einen Stellvertreter zuzulassen. Die Freie Liste, die 1993 erstmals zwei Sitze errang, aber im Herbst 1993 nur noch einen Sitz verteidigen konnte, möchte eine Neuregelung, womit auch dieser kleinen Partei ein stellvertretender Abgeordneter zusteht.

Dem Landtag liegt aufgrund der Initiative der vier Abgeordneten Paul Vogt, Wolfgang Marxer, Lorenz Heeb und Norbert Bürzle ein Regierungsbericht vor, der sich mit den in der Dezember-Sitzung noch offen gebliebenen Fragen befasst. Insbesondere geht es um die Formulierung der Verfassungsänderung sowie um die Problematik des Inkrafttretens der Neuregelung: Rückwirkend auf die letzten Wahlen oder erst bei den kommenden Wahlen?

Unterschiede beseitigen

Mit der Verfassungsänderung 1987 war festgelegt worden: «Mit den 25 Abgeordneten werden in jedem Wahlbezirk auch stellvertretende Abgeordnete gewählt. Auf jeweils drei Abgeordnete in einem Wahlbezirk steht jeder Wählergruppe ein stellvertretender Abgeordneter zu.» Diese Regelung, vom Landtag 1987 beschlossen und 1988 vom Volk in einer Abstimmung gutgeheissen, schafft nach Auffassung der Initianten «Unterschiede zwischen grossen und kleinen Parteien». Sie vertreten in ihrem Initiativbegehren die Ansicht, dass es möglich sein sollte, «dass alle Parteien im Fall der Verhinderung eines Abgeordneten davon Gebrauch machen können.»

Skepsis gegen Stellvertreter

Grundsätzlich stehe er der Institution der Stellvertreter «eher skeptisch gegenüber», hatte der FL-Abgeordnete Paul Vogt im Landtag ausgeführt. Praktische Gründe jedoch veranlassten ihn, für die Stellvertreter-Regelung einzutreten: Denn ist er als einziger FL-Abgeordneter an der Teilnahme an einer Landtagssitzung verhindert, so ist die Freie Liste nicht mehr vertreten. Der VU-Abgeordnete Lorenz Heeb hatte zu dieser möglichen Konstellation im Landtag ausgeführt: «Meines Erachtens muss

es allen im Landtag vertretenen Parteien möglich sein, gleich wie viele Mandate sie besitzen, im Verhinderungsfall einen Stellvertreter zu entsenden.» Denn grundsätzlich müsse allen Parteien das gleiche Recht zugestanden werden, ihre Stimmkraft zu erhalten.

Neuformulierung durch Regierung

Die Initiativgruppe hatte vorgeschlagen, die Verfassung um folgenden Satz abzuändern: «Auf jeweils drei Abgeordnete in einem Wahlbezirk steht jeder Wählergruppe ein stellvertretender Abgeordneter zu, jedoch mindestens einer, wenn eine Wählergruppe in einem Wahlkreis ein Mandat erreicht.»

Mit dieser Formulierung setzte sich der Landtag in der Dezember-Sitzung auseinander, probierte andere Varianten und gab schliesslich der Regierung den Auftrag, eine geeignete Formulierung zu suchen. Die Regierung schlägt nun vor: «Erreicht eine Wählergruppe in einem Wahlbezirk ein Mandat, steht ihr ein stellvertretender Abgeordneter zu. Für jeweils drei zusätzliche Mandate in einem Wahlbezirk kommt ein weiterer stellvertretender Abgeordneter hinzu.»

Entscheidung des Landtags

Der Landtag hat sich nun zu entscheiden, ob er dieser neuen Formulierung oder dem Initiativbegehren zustimmen wird. Ebenfalls steht die Entscheidung bevor, ob die Zuerkennung des Stellvertreters für die Freie Liste bereits für die jetzige Mandatsperiode erfolgen soll oder erst ab dem Zeitpunkt der nächsten Wahl. Die Regierung hält in ihrem begleitenden Bericht an den Landtag fest, dass aus rechtlicher Sicht die Möglichkeit eines rückwirkenden Inkrafttretens besteht, wie das von den Initianten vorgeschlagen wurde. Doch wird nach Auffassung der Regierung diese Frage nicht allein von rechtlichen Erwägungen abhängen, sondern deren Entscheidung auch verfassungspolitische Aspekte einbeziehen müssen. Allerdings hält sich die Regierung aus der Sache heraus und gibt keine weitere Empfehlung in dieser Richtung ab: «Da es sich um eine Angelegenheit handelt, die ausschliesslich den Landtag selbst betrifft, beschränkt sich die Regierung in diesem Bericht bewusst auf den rechtlichen Aspekt dieser Frage.» Damit setzt die Regierung, wenn frühere Stellungnahmen als Massstab genommen werden, neue Akzente.

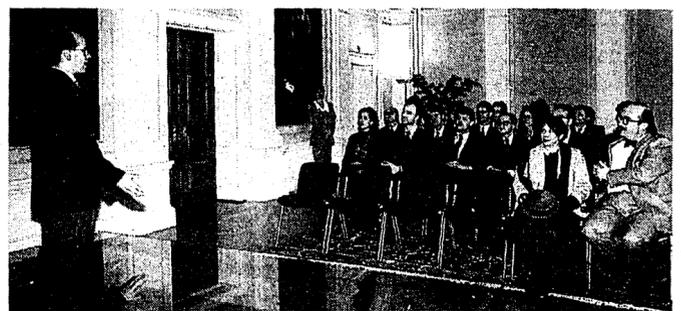
Angehende Diplomaten im Gespräch mit dem Regierungschef

Die zukünftigen Diplomaten beendeten gestern ihren zweitägigen Besuch mit einem Gespräch mit Regierungschef Dr. Mario Frick

(S.B.) – Die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes beendeten gestern abend ihren zweitägigen Liechtenstein-Besuch mit einem Gespräch mit Regierungschef Dr. Mario Frick. In einer Fragestunde im Alten Landtagssaal des Regierungsbauwerkes wollten die angehenden Diplomaten Verschiedenes in bezug auf die Aussen- und Innenpolitik unseres Landes erfahren.

Während zwei Tagen waren 15 Stagiaires des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes, darunter auch Günther Frommelt aus Vaduz, zu Gast in Liechtenstein. Neben dem Empfang auf Schloss Vaduz gehörte eine Diaschau, ein Vortrag über die Wirtschaft Liechtensteins, die Besichtigung der Firma

Ivoclar AG sowie eine Führung durch die Ausstellung in der Staatlichen Kunstsammlung zum umfangreichen Programm der schweizerischen Gäste. Den Abschluss bildete ein Gespräch mit dem Regierungschef. Besonders interessiert zeigten sich die angehenden Diplomaten in bezug auf die Aussen- und Innenpolitik unseres Landes. Die 15 Stagiaires wollten zudem erfahren, inwieweit sich Liechtenstein im Entwicklungsdienst engagiert. Ein Thema der Fragestunde war auch die Kompetenzverteilung zwischen der Regierung und S.D. Fürst Hans-Adam II. und wie diese Zusammenarbeit konkret aussieht. Im Interesse des Gespräches stand aber auch die Frage, wie sich Liechtensteinische Unternehmen im Ausland bekannt machen.



Ein Gespräch mit Regierungschef Dr. Mario Frick bildete den Abschluss des zweitägigen Liechtenstein-Besuches der angehenden Diplomaten. (Bild: Brigitt Risch)

Die neusten Sommermodelle von B/A/S/L/E/R sind da!

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin, 9494 Schaan